



## »Die sind zwar jüdisch, aber eigentlich gar nicht anders als wir.«

### Jüdisches Leben in Deutschland (Teil II)

Von: Abraham Lehrer, erschienen im Deutschen Pfarrerverband, Ausgabe 3/2021

Abraham Lehrer hat als Referent beim Rheinischen Pfarrertag 2019, rund vier Wochen nach dem Anschlag in Halle, über jüdisches Leben in Deutschland berichtet. Neben dem Thema des aktuellen Antisemitismus widmete er sich dabei auch Fragen des jüdisch-christlichen und des jüdisch-muslimischen Dialogs.\*

### Reaktion auf demographische Entwicklungen

Wenn ich hier einen Eindruck von unseren jüdischen Gemeinden gebe, dann muss ich auch ein leidiges Thema erwähnen, das den Kirchen ebenfalls nicht unbekannt ist: der Mitgliederschwund. Ähnlich wie in den Kirchen ist die Altersstruktur unserer Gemeinden ungünstig. Rund die Hälfte der Gemeindeglieder ist über 60 Jahre alt.

Bei Gemeinden, die nur 500 Mitglieder haben, hat diese demographische Entwicklung jedoch viel dramatischere Auswirkungen als in Gemeinden, die sich in Größenordnungen von katholischen oder evangelischen Pfarrgemeinden bewegen. Daher machen wir uns seit längerem Gedanken darüber, wie wir neue Mitglieder gewinnen können. Vor allem findet dies natürlich vor Ort statt, in den einzelnen Gemeinden. Doch auch der Zentralrat der Juden hat in jüngster Zeit mehrere Projekte entwickelt, um die Gemeinden bei der Mitgliedergewinnung zu unterstützen.

So haben wir z.B. das Familienprogramm „Mischpacha“ gestartet. Dabei erhalten Familien, die sich anmelden, religiös geprägte Elternbriefe sowie Boxen mit Bastelmaterialien zu den jüdischen Feiertagen und kleinen Geschenken. „Mischpacha“ vermittelt jungen Familien jüdische Werte und Traditionen und soll sie an die jüdische Gemeinschaft binden. Seit Rosch Haschana 2018 sind rund 420 Kinder zwischen null und drei Jahren in den Genuss dieses Angebots gekommen. Und ihre Eltern natürlich auch. Daneben hat der Zentralrat zur Unterstützung der Gemeinden in diesem Jahr fünf Mischpacha-Seminare angeboten, die Grundlagen zur Familienarbeit in jüdischen Gemeinden vermittelten.

Dabei geht es um ganz praktische Fragen wie einen Raum mit gesicherten Steckdosen und einem Wickeltisch in der Toilette, aber vor allem geht es natürlich darum, wie die Bedürfnisse der unterschiedlichen Generationen in Einklang gebracht werden können, wie kostengünstige und niedrigschwellige Angebote geschaffen werden können. Oder wie ein Kiddusch familiengerecht gestaltet werden kann, so dass sich alle willkommen fühlen – die jungen Familien mit vielleicht manchmal lebhaften Kindern und die Beter, die seit Jahren an bestimmte Traditionen gewöhnt sind und Ruhe suchen am Schabbat.

### Das Gemeindebarometer

Um genauer herauszufinden, welche Wünsche und Bedürfnisse unsere Mitglieder, vor allem aber auch, unsere ehemaligen oder Noch-nicht-Mitglieder haben, hat der Zentralrat jetzt eine große Umfrage gestartet, das Gemeindebarometer. Es handelt sich um eine professionelle Online-Befragung, die „infas“ für uns entwickelt hat. Wir machen sie in mehreren Sprachen, um z.B. auch Israelis zu erreichen, die in Deutschland leben, aber nicht Mitglied einer jüdischen Gemeinde sind. Vermutlich werden die Befragten nicht nur in Lobeshymnen auf die Gemeinden und den Zentralrat



ausgebrochen sein. Doch ich denke, es ist ganz wichtig, sich der Kritik zu stellen und Änderungswünsche ernst zu nehmen. Dann haben wir nämlich die Chance, gestärkt in die Zukunft zu gehen.

Neben unserem Familienprogramm bieten wir den Gemeinden auch Fortbildungen an, damit sie sich in Gemeindeführung, Buchhaltung, Pressearbeit oder rhetorisch professionalisieren können. Alle drei Jahre lädt der Zentralrat der Juden zu einem so genannten Gemeindetag nach Berlin ein. Dabei gibt es vier Tage lang Workshops und Podiumsdiskussionen zu aktuellen Themen, aber auch ein anspruchsvolles Kulturprogramm. Wir würden das gerne, wie beim Kirchentag, auf Marktplätzen und ganz offen durchführen. Das ist aber aus Sicherheitsgründen nicht möglich. Daher findet der Gemeindetag immer in einem großen Hotel statt, das in der Lage ist, 1000 Menschen koscher zu verpflegen.

Dieses viertägige Programm ist für die Vernetzung unserer Mitglieder ungeheuer wichtig. Und es ist auch ein Dankeschön. Denn sehr viele arbeiten ehrenamtlich in den Gemeinden. Dass ihnen Wertschätzung entgegengebracht wird, findet ohnehin zu selten statt.

## Ausbildung von Rabbinern

Ein wichtiger Aspekt für die Zukunftssicherung unserer Gemeinden ist auch die Ausbildung von Rabbinern. Es dürfte bekannt sein, dass wir in Deutschland zwei Rabbinerseminare haben: das traditionell ausgerichtete Rabbinerseminar zu Berlin und das liberale Abraham-Geiger-Kolleg in Potsdam. Beide werden gleichermaßen vom Zentralrat der Juden finanziell gefördert.

Wir sind dadurch seit gut zehn Jahren in der Lage, immer mehr Gemeinden mit in Deutschland ausgebildeten Rabbinern ausstatten zu können. Die vielen Jahrzehnte, als in Deutschland fast ausschließlich ausländische Rabbiner tätig waren, sind vorbei. Das ist ein ungeheurer Fortschritt.

Viele unserer jungen Rabbiner sprechen herkunftbedingt neben Deutsch auch Russisch, was ein großer Vorteil ist, gerade bei der Betreuung der älteren Gemeindeglieder. Rabbiner sind auch wichtig, damit die Synagoge das Herzstück der Gemeinde bleibt, nicht der Gemeindefestsaal mit seinen Kulturveranstaltungen.

Wenn ich über unsere Gemeinden spreche, muss ich auch das Thema Sicherheit erwähnen, das seit Halle schrecklich an Aktualität gewonnen hat. In den meisten Bundesländern werden jüdische Einrichtungen gut und der Lage angemessen geschützt. Das verhandeln unsere Landesverbände und Jüdischen Gemeinden selbständig mit den Sicherheitsbehörden der Bundesländer. Allerdings gab es in der Vergangenheit durchaus Lücken und auch nicht für jedes Land ein Sicherheitskonzept für den Schutz jüdischer Einrichtungen. In Halle hat sich dieses Versäumnis bitter gerächt. Daher war es überfällig, dass sich die Innenminister jetzt auf eine Überprüfung und Verbesserung der Schutzmaßnahmen verständigt haben.

An den Kosten der polizeilichen Maßnahmen werden die Jüdischen Gemeinden nicht beteiligt. Sie sind aber mit erheblichen Kosten für eigenes Sicherheitspersonal und teilweise mit Kosten für bauliche Schutzmaßnahmen belastet. Einige Bundesländer beteiligen sich an diesen Kosten, andere nicht. Sowohl finanziell als auch personell stoßen unsere Gemeinden hier mitunter an Grenzen. Ja, massive Sicherheitsvorkehrungen sind Alltag in unseren Gemeinden, seit Jahrzehnten. Und damit wäre ich beim Thema Antisemitismus.

## Antisemitismus – auch heute

Antisemitismus ist wahrlich nichts Neues. Auch nach 1945 hat es ihn weiterhin gegeben. Auch schon



vor 20 Jahren haben jüdische Eltern nach dem Gottesdienst ihre Kinder gebeten, draußen die Kippa abzusetzen. Und auch schon vor 20, 30 Jahren erlebten Juden dumme Sprüche oder Beleidigungen, weil sie jüdisch waren.

Deutschland kann sich viel zugutehalten auf seine Aufarbeitung der NS-Zeit. Aber der Antisemitismus war selbst dann nicht verschwunden, als es nur noch rund 20.000 Juden in ganz Deutschland gab.

Doch schon vor dem Anschlag von Halle hatte sich das Bedrohungsgefühl in unserer Gemeinschaft verstärkt. Es waren verschiedene Ereignisse, die dazu beigetragen haben: der Anschlag auf das Jüdische Museum in Brüssel und auf die Synagoge in Kopenhagen sowie antisemitische Demonstrationen in Deutschland wegen des Gaza-Konflikts 2014, die für Juden beunruhigende Lage in Frankreich sowie der islamistische Terrorismus, der unsere Gesellschaft insgesamt verunsichert, erscheint Juden noch bedrohlicher, weil wir dezidiert zum Feindbild der Islamisten gehören.

Auch in Deutschland kam und kommt es regelmäßig zu antisemitischen Vorfällen. Um ein paar Beispiele allein aus Berlin zu nennen: Ein Rabbiner wurde vor einigen Jahren krankenhausaufreißend geprügelt, der Inhaber eines israelischen Restaurants wurde auf widerliche Weise beleidigt, ein jüdischer Schüler wurde so stark gemobbt, dass seine Eltern ihn von der Schule genommen haben, und im Prenzlauer Berg wurde ein Mann mit Kippa mit einem Gürtel geschlagen.

Am Schlimmsten sind die Berichte der jungen Menschen von den Schulhöfen. Hier hat explosionsartig das Mobbing der jüdischen Schüler zugenommen. Bei den Führungen in meiner Kölner Synagoge für Schülerinnen und Schüler haben wir auch bisweilen Lehrerinnen und Lehrer, die uns berichten, dass sie kein jüdisches Kind an der Schule haben, aber dennoch die Worte „Du Jude“ als Schimpfworte verwendet werden.

Das Bedrohungsgefühl und die Sorgen, die sich in der jüdischen Gemeinschaft seit längerem breit machen, haben also handfeste Gründe. Insofern kam der Anschlag in Halle für viele nicht überraschend.

## Radikalisierungen am rechten Rand

Nach der polizeilichen Kriminalstatistik in Deutschland werden die meisten antisemitischen Straftaten von Rechtsextremisten verübt. Diese Statistik hat einen Haken: Alle Straftaten, für die kein Täter ermittelt werden konnte, werden automatisch unter politisch rechts subsumiert. Und wir müssen von einer hohen Dunkelziffer ausgehen. Doch so sehr die statistische Erfassung bislang auch Mängel hat, so bleibt doch festzuhalten, dass der Rechtsextremismus eine massive Bedrohung für Juden, aber auch für andere Minderheiten und damit für unser ganzes Land ist.

Auch darauf haben wir in den vergangenen Jahren verstärkt hingewiesen. Doch die Flüchtlingskrise, das Erstarken der AfD und Ereignisse wie der Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin haben dazu beigetragen, dass der Radikalisierung am äußeren rechten politischen Rand zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Und in den sozialen Netzwerken hatten Rechtsextreme viel zu lange viel zu viel Spielraum. Jetzt endlich wird politisch gegengesteuert – hoffentlich kommen die Maßnahmen nicht zu spät.

## Integration und Wertevermittlung

Neben dem Antisemitismus bei Rechtsextremisten muss auch der Antisemitismus unter Muslimen angesprochen werden, ohne Muslime damit unter Generalverdacht zu stellen. Aus Köln, aus meiner Heimatgemeinde, kann ich berichten, dass wir mit einigen Muslimen eine gute Nachbarschaft und einen freundschaftlichen Austausch pflegen. Es hilft aber auch nicht weiter, Probleme zu



verschweigen. Unter Migranten aus dem arabischen Raum ist eine tiefe Abneigung gegen Israel und Juden generell sehr verbreitet. Das ist insofern nicht erstaunlich, als in ihren Herkunftsländern die Feindschaft zu Israel quasi zur Staatsräson gehört. Schon in der Schule erhalten die Kinder Landkarten, auf denen Israel fehlt. Es kommen also Menschen zu uns oder leben bereits in der zweiten und dritten Generation in Deutschland, die in zentralen Fragen ein völlig anderes Wertegerüst mitbringen, als es nach unserer Tradition oder nach unserem Grundgesetz üblich ist.

Wertevermittlung halte ich bei der Integration für genauso wichtig wie die Vermittlung der Sprache. Derzeit ist es aber so, dass in der Regel in den Integrationskursen nicht einmal die Hälfte der Absolventen den Deutschttest am Ende schafft. Wie soll ich unsere Werte vermitteln, wenn keine sprachliche Verständigung möglich ist? Hier sollten Bund und Länder aus tiefstem Eigeninteresse deutlich mehr Geld in die Hand nehmen, um die Integration der Einwanderer und Flüchtlinge zu verbessern und nicht immer wieder die gleichen Fehler zu machen.

Schließlich möchte ich noch auf den Israel-bezogenen Antisemitismus zu sprechen kommen. Ich empfinde diese Form des Antisemitismus als besonders unangenehm. Denn wer ihn vertritt, sagt oft im Brustton der Überzeugung von sich, er sei kein Antisemit. Es ist gar nicht lange her, dass es genau wegen dieses Themas zu einer tiefen Verstimmung zwischen dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von Nordrhein und der Evang. Kirche im Rheinland kam. Die gemeinsame Israel-Reise, die geplant war, kam nicht zustande wegen des Beitrags eines Pfarrers, der von uns als einseitig gegen Israel gerichtet empfunden wurde.

## Legitime Kritik an Israel?

Nach solchen Auseinandersetzungen wird häufig gefragt: Was ist noch legitime Kritik an Israel und was ist Antisemitismus? Das ist eigentlich gar nicht so schwer zu unterscheiden. Wenn jemand eine Entscheidung der israelischen Regierung aus sachlichen Gründen kritisiert – warum nicht? Wenn jemand einen sozialen Missstand in Israel kritisiert – warum nicht? In vielen Medienberichten und Äußerungen von Privatpersonen ist die Kritik an Israel jedoch so massiv, dass man spürt: an Israel werden andere Maßstäbe angelegt als an andere Staaten. Und was schwingt dort mit? Ganz häufig eine Schuldabwehr: Deutsche erheben mit einer gewissen Zufriedenheit den Zeigefinger und sagen: „Schaut, die Juden sind auch keine besseren Menschen. Wir wollen uns nicht mehr die Verbrechen der Nazis vorhalten lassen, denn was die Juden mit den Palästinensern machen, ist auch nichts anderes.“ – Das ist Antisemitismus!

Das hat dann zur Folge – um ein Beispiel zu nennen – dass sich Palästinenserpräsident Abbas vor das Europäische Parlament stellen kann und dort behauptet, israelische Rabbiner hätten dazu angestiftet, das Trinkwasser der Palästinenser zu verunreinigen. Im Parlament erhält Abbas für seine Rede Applaus. Die Medien transportieren diese hanebüchene Aussage eins zu eins. Das alte Vorurteil der Juden als Brunnenvergifter steckt eben immer noch in den Köpfen. Das hat Abbas ausgenutzt. Und ihm wurde sofort Glauben geschenkt.

Mir ist klar, dass die Politik der israelischen Regierung auch Kritik hervorruft, und dass es für eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen Israel und Palästinensern schon besser aussah als heute. Das rechtfertigt es aber nicht, sich pauschal auf die Seite der Palästinenser als vermeintliche Opfer zu schlagen und Israels Existenz anzuzweifeln und den jüdischen Staat zu dämonisieren.

Genau dies tut die BDS-Bewegung. Diese Bewegung ruft nicht nur zum Boykott israelischer Produkte auf. Sie sorgt auch dafür, dass israelische Künstler von Festivals ausgeladen werden, dass andere Künstler einen Auftritt absagen, weil Israel zu den Sponsoren gehört und ähnliches. Die BDS-Bewegung möchte allen palästinensischen Flüchtlingen und ihren Nachkommen das Rückkehrrecht nach Israel einräumen. Wenn das umgesetzt würde, wäre dies das Ende des jüdischen Staates. Israel



hat in den Augen von BDS keine Existenzberechtigung. Der Beschluss des Bundestags, BDS keine Unterstützung zu gewähren, weil diese Bewegung Antisemitismus schürt, ist daher uneingeschränkt zu begrüßen.

## Juden und Christen

Christen, die Israel an den Pranger stellen, sei gesagt: Selbst wenn dieses Reden nicht antisemitisch gemeint sind, stärkt sie zumindest den Antisemiten den Rücken! Juden in Deutschland werden gerne für alles, was in Israel geschieht, in Generalhaftung genommen. Es wird „Israel“ gesagt, aber Juden sind gemeint. Doch jeder Bürger in diesem Land trägt eine Verantwortung dafür, wie er oder sie über andere Religionen und Minderheiten spricht. Es ist höchste Zeit, dass jeder selbstkritisch das eigene Reden prüfe! Dies gilt angesichts der verbalen Enthemmung, die wir zunehmend und vor allem in Netz antreffen, mehr denn je.

Ein weiterer Schwachpunkt sind in meinen Augen die kirchlichen Körper. Was meine ich damit? 2005 hatte ich die Ehre Papst Benedikt in der Kölner Synagoge zu begrüßen. In meiner Ansprache habe ich ihm sinngemäß gesagt, dass die Leitung oder oberen Ebenen der Katholischen Kirche das Verhältnis zur jüdischen Gemeinschaft vorbildlich gestalten. Wenn ich das Bild einer Pyramide benutzen darf, ist aber nicht an jedem Punkt des Fundamentes der Pyramide diese veränderte Einstellung angekommen. Dies gilt in meinen Augen auch noch heute und auch in der protestantischen Kirche.

Ich habe jetzt zwei kritische Punkte im Verhältnis zwischen Juden und Christen erwähnt. Viel mehr liegt es mir aber am Herzen, auf die riesigen Fortschritte einzugehen, die zwischen beiden Religionen in den vergangenen 70 Jahren getan wurden. Erst jüngst wurde in Frankfurt das 70jährige Bestehen des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit gefeiert. Wahrlich ein Grund zu feiern!

Heute hat die jüdische Gemeinschaft in den Kirchen sehr verlässliche Partner. Das zeigte sich besonders deutlich 2012, als das Landgericht in meiner Heimatstadt Köln sein Beschneidungsurteil fällte. Wie kein anderer stellten sich beide christlichen Kirchen an die Seite der jüdischen Gemeinschaft. Ich bin mir nicht sicher, ob wir das Beschneidungsgesetz, das Ende 2012 verabschiedet wurde, auch ohne die Unterstützung der Kirchen durchgesetzt hätten.

Und seit Anfang dieses Jahres arbeiten wir daran, in der Bundeswehr Militärrabbiner zu etablieren. Hier ist uns die katholische und evangelische Militärseelsorge natürlich Vorbild. Wir haben bei unserer Initiative für Militärrabbiner von Anfang an das Gespräch mit den Kirchen gesucht. Nur wenn wir uns auf diesem Gebiet, das ja auch den lebenskundlichen Unterricht der Soldaten umfasst, abstimmen, kann die Einsetzung von Militärrabbinern ein Erfolg werden. Für unsere Initiative erhalten wir erhebliche Unterstützung der Kirchen, was für uns ungeheuer wertvoll ist. Und uns ist bewusst: Das ist nicht selbstverständlich.

## Nicht hinter Erreichtes zurückfallen

Gerade in jüngster Zeit hat sich an vielen Beispielen gezeigt, wie sehr die Kirchen sich bewegt haben in ihrem Verhältnis zum Judentum: Auf katholischer Seite gab es nicht nur die Bekräftigung der Konzilsklärung „Nostra Aetate“, sondern steht mit Papst Franziskus ein Oberhaupt an der Spitze, das wie kein Papst vor ihm auf die jüdische Gemeinschaft zugeht.

Ebenso hat sich in der evangelischen Kirche viel getan. Das war vor allem 2017 im Jubiläumsjahr der Reformation zu spüren. Es wurde kein undifferenziertes Luther-Jubiläum, sondern bot viele Angebote



für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Reformator. Auch die Erklärungen der EKD-Synode rund um das Reformationsjubiläum waren aus jüdischer Sicht sehr zu begrüßen.

Diesen Erklärungen waren natürlich viele Schritte vorausgegangen, die diese kritische Ausrichtung des Reformationsjubiläums überhaupt erst möglich gemacht haben. Dazu zähle ich ausdrücklich den Rheinischen Synodalbeschluss „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ von 1980. Mit diesem Beschluss hat die Rheinische Landeskirche damals Wegmarken gesetzt: im Bekenntnis der Mitverantwortung und Schuld der Kirche an der Schoa und mit der Absage an die Judenmission. Wir sollten auch heute immer mal wieder an solche wichtigen Papiere erinnern. Denn es besteht immer wieder die Gefahr, hinter Erreichtes zurückzufallen.

Als ganz wichtig erachte ich daher auch die neue Stiftungsprofessur für Geschichte und Gegenwart des jüdisch-christlichen Verhältnisses an der Humboldt-Universität zu Berlin, die auf Initiative der EKD zustande kam. Sie ermöglicht eine wissenschaftliche Auseinandersetzung etwa mit solchen Synodalbeschlüssen.

Generell fände ich es wichtig, dass in beiden Kirchen auch an der Basis ankommt, was in der Leitung oder auf Synoden beschlossen wird. Wenn ein Geistlicher vor Ort in seiner Gemeinde Ressentiments gegen Juden oder andere Minderheiten verbreitet, dann waren alle Erklärungen umsonst. Es wäre vielmehr nötig, dass sich auch die einzelnen Gemeinden aktiv für eine tolerante Gesellschaft engagieren, aus ihrem Glauben heraus.

## Jüdisch-muslimischer Dialog

Während der christlich-jüdische Dialog inzwischen eine 70jährige Tradition in der Bundesrepublik hat, ist der Dialog mit dem Islam eher als erratisch zu bezeichnen. Es gibt sicherlich – und das ist unstrittig positiv zu bewerten – viele Begegnungen von Christen und Muslimen in ganz unterschiedlichen Foren. Sowohl auf höchster Funktionärebene wie auf Ebene der Gemeinden und im Alltag. Das gilt übrigens auch für den jüdisch-muslimischen Dialog. Allerdings müssen wir auch immer wieder Rückschläge verzeichnen. Schon manche Initiative musste beerdigt werden, weil bei einem der muslimischen Partner Verbindungen zu Gruppen festgestellt wurden, die nicht wirklich auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen oder vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Die Zusammenarbeit mit den großen Verbänden ist auch mitunter schwierig: mal repräsentieren sie nur einen sehr kleinen Teil der Muslime in Deutschland, mal sind die Verbindungen zur Türkei, wie bei DITIB, so stark, dass türkischer Nationalismus den Dialog gefährdet.

Der Zentralrat der Juden hat in diesem Jahr mit Mitteln der Staatsministerin für Integration ein neues Projekt des jüdisch-muslimischen Dialogs gestartet: Wir haben es „Schalom Aleikum“ genannt. Dabei versuchen wir, jenseits der Funktionärebene Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen, also z.B. jüdische und muslimische Start-up-Unternehmer. Oder jüdische und muslimische Lehrer. Häufig ist es bei den Veranstaltungen so, dass die Beteiligten mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede feststellen. Einige von ihnen hatten aber auch noch nie Berührung mit der anderen Religion. Derzeit arbeiten wir daran, dass das Projekt im nächsten Jahr weitergehen kann, damit wir Nachhaltigkeit in diese Begegnungen bringen können.

„Mach die Welt ein Stückchen besser“

Letztlich geht es immer wieder um die Frage: Wo verorten wir uns in der Gesellschaft? Wie blickt die Gesellschaft auf uns? Nimmt sie uns als Teil wahr oder schiebt uns als „jüdische Mitbürger“ ein Stück an den Rand? Ich möchte auf eines der wichtigsten Gebote im Judentum verweisen. Es lautet





„Tikkum Olam“ – „mach' die Welt ein Stückchen besser, repariere die Welt“.

Das kann jeder im ganz Kleinen, und zusammen ergibt es dann etwas sehr Großes. Viele kennen den berühmten Spruch aus dem Talmud: „Wer ein Menschenleben rettet, dem wird es angerechnet, als würde er die ganze Welt retten. Und wer ein Menschenleben zu Unrecht auslöscht, dem wird es angerechnet, als hätte er die ganze Welt zerstört.“ Darin drücken sich zwei jüdische Grundprinzipien aus: der Wert des Lebens, das an höchster Stelle steht, sowie der Gedanke, dass ein Einzelner seinen Beitrag zu einer besseren Welt leisten kann. Zu einer schlechteren ebenso!

Angesichts der momentanen politischen Lage in Deutschland und übrigens auch in Europa halte ich diesen Grundgedanken des Judentums für eine perfekte Richtschnur. Sich passiv vor den Fernseher zu setzen und über die Wahlerfolge der Rechtspopulisten zu jammern – das bringt der Welt nicht viel. Aus Ärger über andere Parteien mein Kreuzchen in der Wahlkabine bei der AfD zu setzen, um damit meinen Protest auszudrücken – ja, da muss ich ehrlich sagen: Wer so denkt, der hat gar nichts verstanden.

Zuallererst haben diese Menschen nicht verstanden, was wählen bedeutet. Meine Stimme ist vor allen Dingen eine Unterstützung für ein bestimmtes politisches Programm. Und nicht gegen die Programme der anderen Parteien. Und wenn ich eine Partei wähle, dann wähle ich immer das Gesamtpaket. Wenn ich AfD wähle, dann wähle ich auch Politiker, die die Nazi-Zeit als „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte bezeichnen oder politische Gruppierungen, die enge Kontakte zu Rechtsextremisten pflegen. Davon darf niemand die Augen verschließen. Und die Ausrede „Das habe ich nicht gewusst“ ist seit 1945 moralisch diskreditiert.

Doch wenn wir das Gebot ernstnehmen, dass jeder Mensch seinen kleinen Beitrag dazu leisten kann, die Welt zu verbessern, dann heißt das, aktiv zu werden. Aktiv gegen politische Parteien, die unser Land spalten wollen, die Menschen mit dunkler Hautfarbe, Muslime, Asylbewerber und Ausländer gerne verbannen würden. Die mit ihrem Reden rechtsextremistische Ansichten stärken und salonfähig machen.

„Tikkum Olam“ bedeutet für mich auch, mich aktiv für Bedürftige oder Randgruppen einzusetzen, etwa für Flüchtlinge. Ich finde es richtig, dass die evangelische Kirche weiter an diesem Thema bleibt, obwohl es aus dem Fokus der Öffentlichkeit verschwunden ist. „Tikkum Olam“ bedeutet auch, sich für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen einzusetzen. Es wird zum Teil viel Häme über die Fridays-for-Future-Bewegung und über Greta Thunberg ausgegossen. Abgesehen davon, dass eine solche Haltung sich weder mit christlichen noch mit jüdischen Werten vereinbaren lässt, finde ich diese Abwertung auch in der Sache gänzlich unangemessen. Die jungen Leute haben bereits viel erreicht. Und sie verfolgen mit friedlichen Mitteln ihre Ziele. Ich wüsste nicht, was daran schlecht sein sollte. Das Gebot, die Welt zu reparieren, beinhaltet auch die Botschaft, dass sie reparaturbedürftig ist. Das stimmt in der Tat.

## Deutschland ist unser Zuhause

Der Angriff auf die Synagoge in Halle war eine Zäsur. Sorgen und Vorsicht sind seitdem gewachsen. Zugleich aber auch unser Trotz. Wir werden nicht weichen! Es gibt und gab schon immer einzelne Juden, die z.B. aus familiären Gründen nach Israel auswandern. Oder aus beruflichen Gründen in ein anderes Land gehen, so wie andere Menschen auch. Doch es gibt weder eine Auswanderungswelle noch sind es weite Teile der Community, die über Auswanderung nachdenken. Ganz schlicht ausgedrückt: Wir wollen bleiben! Denn Deutschland ist unser Zuhause!

Warum sollen wir gehen, nur weil andere etwas gegen uns haben? Das ist letztlich eine ähnliche Frage wie: Sollen wir es noch wagen, den Weihnachtsmarkt zu besuchen oder bleiben wir aus Angst



vor einem Anschlag zu Hause? Es gibt keinen Grund, uns einreden zu lassen, Deutschland stehe am Abgrund. Es gibt aber Anlass, genau hinzuschauen auf die gesellschaftliche Entwicklung. Die jüdische Gemeinschaft ist dabei so etwas wie ein Seismograph der Demokratie. So wie ein Seismograph eine Bodenerschütterung früher als ein Mensch wahrnehmen kann, so reagieren wir Juden vielleicht etwas sensibler auf spalterische und ausgrenzende Tendenzen in der Gesellschaft als die Mehrheitsbevölkerung.

Nehmen Sie also unsere Beunruhigung ernst. Denn es geht hier nicht nur um eine einzelne Gruppe, sondern um unser Land. So möchte ich zum Schluss Martin Buber zitieren: „Wer eine Lehre von mir erwartet, die etwas anderes ist als eine Hinzeigung, wird stets enttäuscht werden. Es will mir jedoch scheinen, dass es in unserer Weltstunde überhaupt nicht darauf ankommt, feste Lehre zu besitzen, sondern darauf, ewige Wirklichkeit zu erkennen und aus ihrer Kraft gegenwärtiger Wirklichkeit standzuhalten. Es ist in dieser Wüstennacht kein Weg zu zeigen; es ist zu helfen, mit bereiter Seele zu beharren, bis der Morgen dämmert und ein Weg sichtbar wird, wo niemand ihn ahnte.“

## Anmerkung

\*?Vortrag beim 50. Rheinischen Pfarrerinnen- und Pfarrertag am 11.11.2019 in Bonn (geringfügig angepasst).

Deutsches Pfarrersblatt, ISSN 0939 - 9771

Herausgeber:

Geschäftsstelle des Verbandes der ev. Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland e.V

Heinrich-Wimmer-Straße 4

34131 Kassel